

Marburg 2.0

Das Programm der Freien Demokraten Marburg zur Kommunalwahl 2021.

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung am 13. Januar 2021.

Vorwort.

Marburg ist ein Paradies mitten in Deutschland mit einer großartigen Lebensqualität. Zentral geprägt von der Universität, der historischen Altstadt und in den Stadtteilen durch naturnahe, gewachsene Strukturen, sind wir wirtschaftlich stark und zugleich um unsere hohe soziale Verantwortung bemüht. Wie kaum eine andere Stadt hat Marburg seinen Charme bewahren können und die Chancen des 20. Jahrhunderts genutzt. Doch Paradiese sind eine verführerische Sache – nur allzu leicht richtet man sich gemütlich ein und vergisst, dass sich die Welt bewegt. Unser Erfolg ist nur geborgt, wir müssen ihn jeden Tag neu bestätigen, immer innovativ und bereit sein, einen Schritt mehr zu machen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass sich bei den Themen Wohnen, Verkehr, Wirtschaftsförderung, Klima, Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung zu wenig bewegt. Wir wollen nachhaltige und qualitativ hochwertige Ideen für die Zukunft gemeinsam entwickeln und heute mit der Umsetzung beginnen.

Für uns Freie Demokraten stehen alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Jeder Einzelne muss die Freiheit genießen, seine persönlichen Vorstellungen bestmöglich zu verwirklichen und es in der eigenen Hand haben, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Die Freiheit des Einzelnen ist ein hohes Gut und die Maxime unserer politischen Entscheidungen. Ihr zugrunde liegen die Verantwortung und Rücksichtnahme auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger. Bei Demokratischen Entscheidungen kommt einer breiten Bürgerbeteiligung eine wichtige Funktion zu. Statt über andere Köpfe hinweg zu entscheiden, wollen wir Freie Demokraten miteinander sprechen und den offenen Diskurs suchen. So werden Transparenz und Akzeptanz für wichtige Projekte der Stadtentwicklung geschaffen. Alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen über aktuelle Entwicklungen zu informieren und in öffentliche Prozesse mit einzubeziehen, stärkt das Vertrauen in die politischen Institutionen und ist Pflicht politischer Akteure. Ein mündiger Mensch kann seiner Verantwortung nur mit vollständigen Informationen nachkommen.

Für uns Freie Demokraten ist Leistung ein hohes Gut! Wir freuen uns über alle Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen und engagieren, auch und gerade wenn andere Meinungen als unsere vertreten werden. Dabei geht es nicht nur um politisches Engagement, sondern auch um Menschen, die sich ehrenamtlich an kulturellen Projekten beteiligen. Eltern, die sich zusammenschließen zum Wohle ihrer Kinder, Nachbarn, die Bürgerinitiativen gründen und zahlreiche Vereinsmitglieder prägen und bereichern unsere Stadt. All dies wäre ohne die Leistung des Einzelnen nicht möglich.

Wir Freien Demokraten Marburg und unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf der Kommunalwahlliste sind höchst unterschiedlich, wir leben in verschiedenen Bereichen der Kernstadt und den Stadtteilen, kommen aus verschiedenen

Berufszweigen, gehören verschiedenen Religionen – oder keiner – an, weisen eine große Altersspanne auf, sind männlich wie weiblich, haben vielfältigste unterschiedliche Hobbys und Interessen, unsere Persönlichkeiten könnten unterschiedlicher nicht sein. Kurzum: Wir sind die Marburger Bevölkerung!

Unser Programm für die Kommunalwahl 2021:

Smarte Mobilität: Clevere Lösungen für alle.	4
Weltbeste Bildung: Sport und Schulen stärken	9
Rathaus 2.0: Digitale Verwaltung und Haushalt.	12
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen: Soziales, Familie, Jugend, Sicherheit	15
Wirtschaftsleben: Kultur und Unternehmen	17
Stadt der Zukunft: Umwelt, Wohnen, Stadtentwicklung	20

Smarte Mobilität: Clevere Lösungen für alle.

Die Topographie Marburgs braucht smarte Verkehrsführungskonzepte. Nicht das Ausspielen der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gegeneinander, sondern ihre Vernetzung ist die Lösung für moderne Mobilität. Verkehr muss schlauer werden: innovativ und dynamisch.

Wir versuchen, stets vom Fußgänger über Rad- und Autofahrer bis hin zum Berufskraftfahrer die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen und gleichberechtigt zu behandeln. Im Verkehr müssen sich alle auf Augenhöhe begegnen. Dafür ist es nötig, dass die Verkehrsplanung bedarfsgerecht und barrierefrei gedacht wird.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist ein bedeutsamer Standortfaktor für die lokale Wirtschaft. Nicht nur für ihre Bewohnerinnen und Bewohner muss die Stadt erreichbar bleiben, denn Marburg erfüllt für die umliegenden Gemeinden eine wichtige Funktion als Oberzentrum. Gerade weil unsere Stadt so sehens- und liebenswert ist, kommen viele Touristinnen und Touristen, und viele Unternehmen siedeln sich an.

Fußgängerinnen und Fußgänger:

- **Gegenseitige Rücksichtnahme** ist das oberste Gebot eines modernen Verkehrskonzeptes. Fußgängerinnen und Fußgänger stellen hier das schwächste Glied dar, sind für uns allerdings gleichwertige Verkehrsteilnehmer, die Raum benötigen. Hierbei darf es keinen Unterschied machen, ob die Fußgängerin bzw. der Fußgänger eine Einschränkung hat, einen Kinderwagen schiebt oder sich in der Stadt nicht auskennt.
- Kinderwagen und Rollstühle sind Hindernissen ausgesetzt, die andere Verkehrsteilnehmer nicht haben. Schräge Bordsteinkanten gehören dazu, aber auch Slalomstrecken durch Metallgitter, sowie Schlaglöcher. Auch Spielplätze müssen **barrierefrei** erreichbar sein.
- Marburg muss ihrem Ruf als Blindenstadt gerecht werden: **Taktile Leitsysteme** dürfen nach Neubauprojekten nicht im Nirgendwo enden, sondern müssen bis ans Ziel führen.
- Für Fußgängerinnen und Fußgänger müssen gerade im touristischen Zentrum, aber nicht nur dort, ausreichend Möglichkeiten, sitzend zu verweilen geschaffen werden. Das hebt die Lebensqualität in der Stadt. Einhergehend damit müssen Mülleimer und Aschenbecher aufgestellt werden, um das schöne Stadtbild zu erhalten.
- Den Jüngsten gehört die größte Aufmerksamkeit: Grundschülerinnen und Grundschüler müssen sicher zu Fuß zu ihrer wohnortnahen Schule kommen.

Essentiell sind **aktuelle Schulwegepläne**. Diese dürfen nicht in einer Schublade liegen, sondern müssen für die Eltern online abrufbar sein. Tagesaktuell müssen alle Verkehrsbehinderungen und Baustellen enthalten sein. Das schafft echte Sicherheit für unsere Kinder.

Fahrrad:

- Wir fordern eine **echte Fahrradautobahn** an der Lahn entlang, die eine zentrale Achse durch unsere Stadt bildet und frei von Ampeln und Autos ist. Mit Hilfe von Markierungen auch auf der Straße sollen Radfahrerinnen und Radfahrer auf die Radwege an der Lahn umgeleitet werden. Eine Erweiterung der bestehenden Wege ist hier zu prüfen. Dadurch könnten Konflikte zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern einerseits und Radfahrerinnen und Radfahrern andererseits vermieden werden. Die Fahrradwege an der Lahn müssen auf der ganzen Strecke durchgängig beleuchtet werden. Nur wenn Fahrradfahren schnell und sicher möglich ist, stellt es eine echte Alternative zum Auto dar.
- Es muss endlich ein Radweg vom Oberen Rotenberg zum Pharmastandort Görzhäuser Hof und von der Marbach ebenfalls dorthin umgesetzt werden. Wichtig ist aber, dass diese Radweg tatsächlich ganzjährig nutzbar sind und eine Asphaltdecke bekommen - andernfalls dürfte eine alltägliche Nutzung durch möglichst viele Mitarbeiter des Standortes unrealistisches Wunschdenken sein.
- Die Erreichbarkeit des Pharmastandortes Görzhäuser Hof muss besser werden. Wir fordern den **Lückenschluss zum Hessischer Radfernweg R2** im Lahntal, so dass der Michelbacher Ortskern und nachfolgend das Michelbacher S und der Standort erreicht werden können.
- Neue Radwege kosten nicht immer Geld. Manchmal reicht es aus, die originären Aufgaben einer Kommune Ernst zu nehmen. Am Oberen Rotenberg wurden auf unsere Initiative hin mit wenig Mitteln wieder Raum für Radfahrerinnen und Radfahrer geschaffen. **Grünschnitt und Reinigung** wirken manchmal Wunder. Wo der Schuh drückt, weiß jeder vor Ort am besten. Der **Mängelmelder** muss hier effizienter genutzt werden.
- Auf unseren Antrag wurde die Forderung nach einem **grünen Pfeil für Fahrradfahrerinnen und Radfahrer** beschlossen. Nun muss dieser sinnvoll eingesetzt werden wo es möglich ist. Dadurch wird das Radfahren attraktiver. Weniger Haltepositionen ermöglichen ein noch schnelleres Vorankommen.
- **Selbstleuchtender Fahrbahnbelag** kann gerade an den vielen noch unbeleuchteten Radwegen ein Mehr an Sicherheit bedeuten. Dieser nimmt die Sonnenstrahlung des Tages auf und gibt diese in der Nacht wieder ab.

- Das erprobte **NextBike-System** ist ein wichtiges Modul für unseren städtischen Verkehr. Zur besseren und unkomplizierten Nutzung möchten wir das Stationssystem für den Innenstadtbereich um ein **Free-Floating-System** erweitern. Natürlich muss hier die Verträglichkeit für die Fußgängerinnen und Fußgänger sicher gestellt werden.

-

Auto:

- Parkplätze will man finden, nicht suchen. Langfristig muss die Parkplatzsuche im gesamten Innenstadtbereich innerhalb eines smart-city Konzepts gelöst werden. Hierzu muss die Stadt eine **smarte Verkehrserfassung** fokussieren und Parkplätze müssen digital ausgewiesen werden. Weitergehend sollen Sensoren freie Parkmöglichkeiten erfassen, welche den Fahrern über digitale Schilder oder Apps angezeigt und eine Einführung von virtuellen **Parkraumsystemen** mit digitalem Parkticket und vernetzter Sensorik ins Auge gefasst werden. Weniger Parkplatzsuche vermeidet den Ausstoß von Schadstoffen.
- Die Erreichbarkeit der Oberstadt kann auch mit mehreren kleinen, **dezentralen Parkhäusern** z.B. auf dem Parkplatz der Sparkasse in der Universitätsstraße gewährleistet werden. Dadurch werden insbesondere die lokalen Einzelhändler in der Oberstadt gestärkt.
- Da die Anzahl der ausgegebenen Anwohnerparkausweise nicht begrenzt ist, können sich sowohl Kurzzeitparker als auch Anwohner die gleichen Bereiche teilen. Gerade im Südviertel ist eine zyklisch unterschiedliche Auslastung der beiden Bereiche "Anwohner" und "mit Parkschein" festzustellen. Um den bestehenden Parkraum besser ausnutzen zu können, ist die **Aufhebung der Parkzonen** nur für Anwohnerinnen und Anwohner und nur für Parkende mittelfristig erforderlich.
- Straßenbeläge müssen zukünftig **mit hellem Asphalt** erneuert werden, der ein Aufheizen der Innenstädte verhindert und länger haltbar ist. Das ist sowohl ökologischer als auch ökonomischer. Die Straßen müssen für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ausgelegt sein. Schlaglöcher sind gefährlich und nicht barrierefrei – für alle.
- **Keine Straße ist gleich.** Jede Straße hat eigene Voraussetzungen und erfüllt eigene Bedürfnisse von Nutzerinnen und Nutzern und Anwohnerinnen und Anwohnern. Daran muss auch das Tempo angepasst werden. 30, 40, 50 oder 60-Schilder dürfen keine Generalforderungen sein, sie müssen bedarfsgerecht aufgestellt werden.
- Bei der **Bereitstellung von Ladesäulen** für Elektro-Fahrzeuge besteht noch ein hoher Nachholbedarf. Jedoch sehen wir die Betätigung der Stadt und der Stadtwerke hier kritisch: private Anbieter können besser auf die

unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse eingehen. Die Stadt sollte nicht selber am Markt aktiv werden, sondern unbürokratisch den Bau von Ladesäulen ermöglichen.

ÖPNV:

- Wie man am besten von A nach B kommt, muss schnell und leicht und erkennbar sein. **ÖPNV muss googlebar sein:** Haltestellen, Routenplanung und Fahrpläne, aber auch Stau müssen für jeden jederzeit digital einsehbar sein.
- Wir setzen uns für ein flächendeckendes und kostenfreies **WLAN in allen Bussen und an den Haltestellen** sowie die Bereitstellung aktueller Informationen über den Standort eines Busses ein.
- Verbesserungsbedarf sehen wir in der **Vernetzung zwischen Bahn- und Busverkehr**. Gerade an Sonntagen ist die zeitliche Abstimmung nicht optimal.
- Wir wollen eine Verlegung der **Fernbusstation auf den Bahnhofsvorplatz**. Ein weiterer Aspekt ist der Fernbusverkehr, welcher immer noch stiefmütterlich behandelt wird – gerade für Sehbehinderte. Solange sie noch unter der Stadtautobahn ist, muss die Attraktivität durch Sitzplätze, gute Beleuchtung und taktile Leitsysteme gewährleistet werden: der Bahnhofsvorplatz macht vor, wie es geht.
- Auch für den innerstädtischen Busverkehr müssen **öffentliche Ausschreibungen** ermöglicht werden. So können eine Verbesserung und Modernisierung des Fuhrparks, günstigere Betriebskosten und mehr Fahrkomfort erreicht werden. Die Stadtwerke als städtischer Monopolist brauchen gesunde Konkurrenz durch weitere, private Anbieter – am besten aus der Region.
- Nah an der Oberstadt müssen die **Busparkplätze für Touristikbusse** erhalten bleiben. Dazu gehören öffentlich zugängliche WCs in sauberem Zustand, sei es von öffentlicher oder privater Hand. Mit der Bezuschussung von Unternehmen, die Ihre schon vorhandenen Toiletten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, ist ein erster Schritt getan, weitere sollten folgen.
- Schülerinnen und Schüler sind auf den ÖPNV angewiesen, Marburg erfüllt eine wichtige Funktion als Schulstandort. Gegen überfüllte Busse haben wir schon etwas getan; durch uns wurde von Michelbach stadteinwärts ein zweiter Bus eingesetzt.
- Elterntaxis müssen smarter gedacht werden: Eltern, die mehr als ein Kind an den Schulstandorten absetzen, sollen künftig die extra dafür einzurichtenden **Kurz-Haltezonen** vor den Schulen nutzen dürfen – hier soll ein positiver Anreiz geschaffen werden, um Fahrgemeinschaften zu bilden.

- Moderner ÖPNV braucht eine **moderne Flotte**. Nur mit sauberen, klimatisierten und leistungsfähigen Bussen ist der Bus eine attraktive Alternative zum eigenen Auto. Doppeldeckerbusse können hier eine Ergänzung sein, auch aus touristischen Gründen. In einer Stadt mit knappen Verkehrsraum können sie die begrenzte Fläche besser ausnutzen – auch die der Haltestellenbuchten.

Verkehrsführung:

- Wir brauchen ein neues, **intelligentes Baustellenmanagement**. Denn die frühzeitige Koordination von öffentlichen und privaten Bautätigkeiten, die den Straßenverkehr einschränken oder behindern, muss verbessert werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden Großbaustellen Rudolphsplatz und Gutenbergstraße bzw. Deutschhaus- und Bunsenstraße.
- Wir fordern für die beengte Verkehrslage in der Innenstadt den Einsatz **intelligenter Ampelanlagen**, die nicht nur zeitlich gesteuert sind, sondern je nach Verkehrslage schalten. Dadurch kann unnötiger Rückstau vermieden und CO2 eingespart werden.
- Das Wachstum des Standortes Behringwerke nehmen wir seit Jahren erfreut zur Kenntnis. Die Stadt Marburg hat durch hohe Gewerbesteuererinnahmen des Pharmastandortes eine gute Haushaltslage. Damit geht die Verantwortung einher, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Zulieferern einen **staufreien Weg** zu ebnen. Der Unmut der Anwohnerinnen und Anwohner in der Ketzerbach und Marbach hat sich durch das erhöhte Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren gesteigert. Hier muss die Stadt endlich ein klares Votum für die **Behring-Tunnel-Lösung** abgeben. Auch die nördliche Umfahrung als Görzhäuser-Hof-Zubringer muss Berücksichtigung finden.
- **Park&Ride muss digitaler** werden. Der Park&Ride Parkplatz am Messeplatz oder Krekel hat sich als nicht zielführend erwiesen. Die bisher fehlende Ausnutzung muss als Absage verstanden werden. Wir sprechen uns für das bestehende System aus, jedoch nur dort, wo der Parkplatz auch die Bedürfnisse der Fahrerinnen und Fahrer erfüllt. Die **Mobilitätshubs** können hier eine Lösung darstellen. Eine Verknüpfung möglichst vieler Verkehrsmittel muss gewährleistet werden. Idealerweise braucht es nur eine App um ein Busticket, Leihfahrrad oder Mietwagen zu buchen.
- Wir fordern **freie Fahrt für Feuerwehren**. Nicht nur die Lösch- und Einsatzfahrzeuge müssen zügig fahren können, auch diejenigen, die in ihnen sitzen: eine grüne Welle auch schon vor dem Ausrücken.

Weltbeste Bildung: Sport und Schulen stärken

Bildung ist für uns Freie Demokraten die zentrale Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen. Bildung ist das Fundament für die Sicherung des Lebensunterhalts und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher muss jedes Kind einen Anspruch auf beste Bildung haben, um das zukünftige Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Wir treten für ein ganzheitliches Bildungssystem ein, das Chancengerechtigkeit fördert und lebenslanges Lernen ermöglicht. Beste Bildung fängt in der KiTa an, geht über starke Schulen und Hochschulen bis hin zur Volkshochschule.

Viel zu oft hängen Bildungschancen noch vom Elternhaus ab. Dadurch haben es insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Haushalten schwer, Chancen zu ergreifen und ihre Träume zu verwirklichen. Für uns ist Bildung der zentrale Schlüssel für eine faire Sozialpolitik, die Gerechtigkeit schafft und Aufstieg ermöglicht. Die Universitätsstadt Marburg hat als Schulträger die Verantwortung, die Gebäude und deren Ausstattung der Lernstätten qualitativ hochwertig zu modernisieren. Investitionen in Schulen müssen Vorrang vor anderen Großprojekten haben. Es muss unser Anspruch sein, dass die Schulausstattung höchste Priorität genießt und die Schulen ihrem sozialen, pädagogischen und fachlichen Auftrag gerecht werden können. Mit den Schulgebäuden zeigt ein Gemeinwesen seinen Kindern, welchen Wert sie haben.

Starke Schulen für starke Schülerinnen und Schüler.

- Marburg verfügt über eine erfreuliche **Schulvielfalt**, die erhalten bleiben muss. Jedes Kind hat individuelle Bedürfnisse, weshalb es eine vielfältig aufgebaute Schullandschaft geben muss. Das Gymnasium muss neben Haupt- und Realschulen bestehen bleiben.
- Für uns gehören die **Schulen in freier Trägerschaft** zur Schullandschaft dazu. Wir möchten sie als gleichberechtigte Partner stützen und fördern. Die Stadt soll sich auf ihre originären und verpflichtenden Aufgaben besinnen. Die Stadt muss hier die gleiche Unterstützung wie für ihre eigenen Schulen sicherstellen und sich so zur Schulvielfalt bekennen.
- Wir fordern ein dringend benötigtes **Sofortprogramm** ("Not-BiBaP" für die dringendsten Fälle) für alle Schulen und Sporthallen in Marburg. Das sog. "BiBaP" ist hingegen nur eine Scheinlösung. Zu viele Schulen haben Mängel im Brandschutz: z.B. keine ausreichende Fluchtwegbeschilderung mit Panikverschlüssen in den Notausgängen, auch fehlen Zweite Rettungswege. Das ist wichtiger und dringender als energetische Sanierungen, Schönheitsreparaturen und Kunst am Bau.

- Das Digitalste in der Schule dürfen nicht die Pausen sein. Die Digitalisierung bietet viele Chancen im Bildungsbereich, die wir ergreifen möchten. Dabei sehen wir den **Einsatz digitaler Methoden und Plattformen** als sinnvolle Ergänzung für den analogen Unterricht. Deswegen setzen wir Freie Demokraten uns für ein **zukunftsweisendes Digitalkonzept** ein, das die Aspekte der Infrastruktur, der Aus- und Weiterbildung sowie Diagnose- und Vermittlungsmöglichkeiten ebenso umfasst wie die Umstellung der Verwaltung und Organisationsstrukturen.
- Schulen brauchen ein **eigenes Budget und Freiheiten**. Jede Schule weiß vor Ort am besten, was ihre Bedürfnisse sind und welche Anschaffungen sie benötigt. Schulen sollen leichter Fördermittel beantragen und abrufen können, um ihre digitale Entwicklung voranzutreiben. Dazu gehört die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten sowie die Modernisierung der Klassenräume.
- **Glasfaser** muss an jeder Schule vorhanden sein. Oft mangelt es an genügend Bandbreite, um moderne Lernformate zu nutzen.
- Die Stadt als Schulträger sowie das Kultusministerium ist verpflichtet, einen **Medienentwicklungsplan** sowie ein dazugehöriges Fortbildungskonzept vorzulegen. Die Gelder sind zweckgebunden für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu nutzen.
- Um echte Chancengerechtigkeit an den Schulen herzustellen, müssen diese auch auf die sozialen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen. Daher wollen wir die **Schulsozialarbeit stärken**. Insbesondere das gezielte und präventive Angehen von Bullying muss hier im Fokus stehen.
- Kooperationsmodelle zwischen Schule und Stadt, wie sie in den **Bildungspartnerschaften** auf fachlicher, sportlicher und kultureller Weise bereits jetzt existieren, müssen auch in anderen Bereichen, wie z.B. der Betreuung, der Hausaufgabenhilfe oder der Schulsozialarbeit ermöglicht werden. Die Stadt kann dabei eine zentrale Leitungsfunktion wahrnehmen, Synergien ermöglichen und so den Spielraum der Schulen noch erweitern.
- Gerade Marburg als Universitäts- und Sportstadt verfügt neben den städtischen Schulen auch über eine vielfältige Landschaft **außerschulischer Lernorte**. Angefangen bei den Apfel- und Kirschlehrpfäden im Stadtwald über die archivpädagogische Arbeit des Staatsarchivs und den Botanischen Garten bis hin zu unseren Museen und dem Landestheater gibt es viele Institutionen, deren Angebote in innovative Unterrichtskonzepte eingebunden werden können.
- Die Stadt muss die Entwicklung der Schülerzahlen würdigen und rechtzeitig in die Planung hinsichtlich der benötigten Räume und Flächen einbeziehen. Viel Verbesserungspotenzial sehen wir hier bei der Koordination von Raumbelagungen in und zwischen den Schulen. Es muss ein **digitales**

Raumbelegungstool für alle Lehrkräfte und Schulen in Marburg geschaffen werden. Dies birgt Einspar- und Verbesserungspotenziale.

- Wir fordern den **zentralen Erwerb von Online-Lizenzen** z.B für Software und Filme durch die Stadtbildstelle Marburg für alle Schulen. So kann der Zugang für Lehrkräfte zu modernen Medien für den Unterricht vereinfacht werden, während die Kosten zentralisiert und im Vergleich mit Einzel-Lizenzen niedriger gehalten werden können.
- Darüber hinaus sollen Schulprozesse zukünftig digital erfasst werden. Aus dem Grund fordern wir die Einführung eines **digitalen Klassenbuches** in den Marburger Schulen, um Informationen über Lehrinhalte und organisatorische Fragen schnell und effizient zwischen Lehrkräften austauschen zu können.
- Das Programm **schule@zukunft** muss dringend fortgeschrieben werden.
- Wir bekennen uns ausdrücklich zur **dualen Berufsausbildung**, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Talentschmiede für unseren Wohlstand begründet. Die Berufsorientierung und -beratung muss daher mit einem Netzwerk von außerschulischen Partnern Schülerinnen und Schüler rechtzeitig über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und diese auch ausprobieren lassen.

Sport

- Marburg ist Sportstadt. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden. Sport braucht Raum. Deshalb müssen wir neue Sportstätten bauen und die Bestände modernisieren, um ausreichend Kapazitäten für den Sport anbieten zu können. Unter anderem setzen wir uns für den **Neubau einer großen Mehrfelderhalle** ein, um das Angebot zu erweitern und Sport zu ermöglichen.
- Wir fordern eine zügige Umsetzung des bestehenden Sportentwicklungsplans und eine aktuelle Fortschreibung.
- Zu gutem Sportunterricht gehören **drei Sportstunden pro Woche**. Diese Vorgabe muss endlich umgesetzt werden.
- Sport ist inklusiv, und Marburg auch. Zum paralympischem Stützpunkt fehlt aber die entsprechende Räumlichkeit. Wir fordern eine **barrierefreie Sporthalle**, nicht nur für mobilitätseingeschränkte Menschen, sondern eine, die alle Einschränkungen bedenkt.
- Unsere Bürgerinnen und Bürger benötigen **vielfältige Bewegungsangebote und -flächen**; insbesondere in den Außenstadtteilen mit einer hohen Jugenddichte, z.B. in Cappel müssen wir frei nutzbare Flächen anbieten.
- Eine beleuchtete und sichere Laufstrecke oder entsprechend ausgebaute Wege für Skateboards, Fahrräder sowie Läuferinnen und Läufer sind eine naturnahe Erweiterung für eine bewegte und gesunde Stadt.

- Sport braucht manchmal auch Wasser. Hier gilt es, die bestehenden Ressourcen effizient zu nutzen, um Klima und Haushalt zu schonen. Optimale Belegung ist hier besser, als ein zusätzliches Schwimmbad. Auch hier kann ein **Raumbelegungstool** helfen.

Rathaus 2.0: Digitale Verwaltung und Haushalt.

Die Digitalisierung muss auch in der Verwaltung Einzug halten. Nur so kann sie auf die Bedürfnisse der Marburgerinnen und Marburger adäquat eingehen. Statt Papierstau braucht es mehr Effizienz, Transparenz und Bürgernähe. Seit der Corona-Krise hat sich zwar einiges getan, aber zu spät und noch lange nicht genug. Dabei gilt es auch, für die vielen Bürgerinnen und Bürger anderer Nationalität passende Angebote zu unterhalten – nicht nur auf deutsch.

Transparenz und Offenheit gelten dabei nicht nur für das Rathaus an sich. Auch die Firmen, welche von der Stadt kontrolliert werden, dürfen nicht durch das demokratische Raster fallen. Besonderes Augenmerk gilt uns hier den Wirtschaftsgebieten, bei denen Konkurrenz zu privaten Anbietern besteht.

Nicht zuletzt spielt auch das Finanzielle eine Rolle: niemand sollte mehr belastet werden als bisher, Steuererhöhungen lehnen wir ab. Auch müssen Steuern und Abgaben einfach verständlich und nachvollziehbar sein.

Verwaltung:

- **eGovernment** darf keine Phrase bleiben: Jeder muss sein Anliegen an die Verwaltung online richten können, sofern keine Formhindernisse dem entgegenstehen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung müssen auch via E-Mail erreichbar sein.
- **Mobile Arbeitsplätze** für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auszubauen. Homeoffice z.B. bei Erkrankung der Kinder muss flexibel und unkompliziert möglich sein. Bei der Digitalisierung der Verwaltung hat die Coronakrise die Mängel wie in einem Brennglas aufgezeigt.
- **Englisch als zweite Servicesprache** soll in der Verwaltung sukzessive eingeführt werden. Denn Marburg ist eine internationale Stadt, viele global tätige Unternehmen und die Universität mit vielen ausländischen

Beschäftigten und Studierenden sind ein wichtiger internationaler Standortfaktor für Marburg.

- Damit alle Marburgerinnen und Marburger sich über das Geschehen in der Stadt informieren und niedrigschwellig an Bürgerbeteiligungen partizipieren können, fordern wir die Entwicklung einer frei zugänglichen und barrierefreien **Bürger-App für Marburg**. In dieser sollen darüber hinaus kommunale Serviceleistungen gebündelt, öffentliche Dokumente abgerufen sowie Anregungen geäußert werden können.
- Der **Mängelmelder** soll ausgebaut und unter anderen die Bereiche Grünschnitt, Fahrradwege sowie die Barrierefreiheit integriert werden.
- Verbesserte Information für Bürgerinnen und Bürger in politischen Dokumenten. Die Bürgerbeteiligung muss, z.B. wie im Landkreis, in Form von **OpenGovernment** für jede Person möglich sein.
- Ein **Live-Stream** der Stadtverordnetenversammlung soll datenschutzkonform wieder eingeführt werden. Die Sitzungen sollen auch nachträglich abgerufen werden können, am besten barrierefrei und mit Audiotranskription.
- **StudierMalMarburg** wollen wir in seiner jetzigen Form abschaffen, die Verteilung an alle Haushalte passt nicht mehr in die Zeit.
- Das Plakatieren des Oberstadtaufzuges soll nicht mehr dazu genutzt werden, um städtische Kampagnen mit **ideologischen Inhalten** zu bewerben.

Städtische Beteiligungen:

- Die **Beteiligungsrichtlinien** sind zu überarbeiten und müssen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung entsprechen. In sensiblen Bereichen darf es keine personellen Überschneidungen geben, wie z.B. beim Antikorruptionsbeauftragten, welcher zugleich Oberbürgermeister ist. Alle parlamentarischen Fraktionen sind in den Aufsichtsräten zu berücksichtigen.
- Kritische **Überprüfung der Tätigkeitsbereiche** von städtischen Eigen- und Tochterbetrieben sowie Beteiligungsfirmen. Kommunale Unternehmen sollen privaten Unternehmen keine Konkurrenz machen. Weitere Neugründungen oder Zukäufe sind kritisch zu begleiten.
- Veröffentlichung aller individualisierten **Geschäftsführergehälter** der Marburger Beteiligungsfirmen. Schließlich sind es die Gelder aller. Eine Personalunion bei Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sollte nur in Ausnahmefällen möglich sein. **Stellenneubesetzungen** sind öffentlich auszuschreiben und nicht nach Parteiproporz zu besetzen.
- Generell müssen alle Beteiligungsunternehmen der **parlamentarischen Kontrolle** unterstehen. Akteneinsicht, kleine Anfragen, Einblick in grundsätzliche Verträge dürfen nicht durch den Deckmantel einer Privatisierung verhindert werden. Bilanzen sind pünktlich vorzulegen, das gilt besonders für die Stadtwerke Marburg.

- Die **Auftragsvergabe an Firmen**, an denen Parlamentarier Beteiligungen haben, sollen auf ein Minimum reduziert werden, um Transparenz herzustellen. Es wäre gut, wenn alle unternehmerisch aktiven Stadtverordneten aller Parteien während ihres Mandats freiwillige auf Aufträge der Stadt schlicht verzichten würden.. Neue Anbieterinnen und Anbieter darf man hier nicht ausschließen.
- **Interkommunale Zusammenarbeit** verbessern: Wirtschaftsförderung, Tourismus und Feuerwehr lassen sich zusammen günstiger und besser organisieren.

Haushalt und Steuern:

- Wir fordern einen **besser lesbaren Haushalt**: wichtige Kennzahlen müssen im Haushalt ausgewiesen werden. Dazu gehören insbesondere die Kosten pro Nutzerin/Nutzer. Nur so lässt sich die Sinnhaftigkeit von Ausgaben bewerten und ein Nachsteuern ermöglichen. Ein Benchmarksystem ermöglicht die Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen. Auch sollen die tatsächlich abgerufenen Mittel mit aufgenommen werden.
- Der Ausspruch "**Pflicht vor der Kür**" ist für uns keine Plattitüde, sondern eine Handlungsmaxime. Die freiwilligen Leistungen dürfen keinen Vorrang vor den Pflichtaufgaben der Kommune haben.
- Die derzeit kluge, aufgaben- und bedarfsgerechte Verteilung der hauptamtlichen **Magistratsstellen** muss bestehen bleiben. Aktuell gibt es keine Notwendigkeit für eine weitere Magistratsstelle - mehr Effizienz statt aufgeblähtem Apparat. Sparsamkeit statt Parteiproporz, Kompetenz im Mittelpunkt.
- Die **Grundsteuer** darf nicht steigen. Die neuen Berechnungsmethoden müssen aufkommensneutral gestaltet werden. Gegebenenfalls müssen Hebesätze gesenkt werden, damit keine Mehrbelastung entsteht.
- Wir fordern die **Abschaffung der Hundesteuer**. Aufkommen und Erhebungskosten passen nicht zusammen. Haustiere haben wichtige soziale Funktionen.
- **Keine Erhöhung der Gewerbesteuer**.
- Die Mietpreisbremse kann keine funktionierende Lösung für unsere Probleme sein. Hierdurch werden nur in den seltensten Fällen Mieten wirklich gebremst. Sie führt in unseren Augen sogar zu steigenden Mieten, weil Vermieterinnen und Vermieter sie ausschöpfen. Die **Grunderwerbssteuer** muss stabil bleiben. Für die erste, selbstgenutzte Immobilie setzen wir uns für einen Freibetrag ein.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen: Soziales, Familie, Jugend, Sicherheit

Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft ist der Ausgangspunkt unserer Sozialpolitik. Um Sie und Ihre Familie bei den alltäglichen Herausforderungen bestmöglich zu unterstützen, muss die Partnerschaft von Familie, Krippe, Kindertagesstätte und Schule stärker aufeinander abgestimmt werden. Die Kitas sind die zentralen Einrichtungen für frühkindliche Bildung. Gerade die Qualitätsentwicklung der Kitas muss in unserem Fokus liegen und stetig weiter gedacht werden. Durch eine gute und vorausschauende KiTa-Bedarfsplanung möchten wir weiter flexibel und vorausschauend auf die demografische Entwicklung reagieren können. Für uns steht bei allen Angeboten und Initiativen das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen, seiner Persönlichkeit und seinem Entwicklungsstand im Mittelpunkt.

Sicherheit und Freiheit sind nicht nur Gegensätze. Für die Ausübung der eigenen Freiheit braucht es Sicherheit: Wer sich in der Stadt aufhält, muss dies tun können, ohne um seine Gesundheit und sein Eigentum Angst haben zu müssen. So viel wie nötig, so wenig wie möglich lautet hier unsere Devise. Es bleibt ein Abwägen der Rechte gegeneinander.

Sicherheit:

- Die **Oberstadtwatche** am Wochenende muss nachts besetzt sein. Dies schafft Sicherheit und einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin vor Ort für Besucherinnen und Besucher und Gewerbetreibende.
- Eine Kultur der **wilden Aufkleber** lehnen wir ab. Wir wollen eine schöne, saubere und freundliche Stadt, die Marburg, nicht Marode heißt. Dazu gehört auch die konsequente Entfernung von illegal angebrachten Graffitis.
- Zur Sicherheit gehört auch die **Feuerwehr**, die eine sehr hohe Priorität und Wertschätzung haben muss. Hier sind Investitionen gut angelegt.
- Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsamtes muss die Möglichkeit gegeben werden, **reine Selbstverteidigungsmittel zu tragen**, sofern diese das wünschen. Zusätzlich sollen Kurse angeboten werden, die zur Befähigung zur Selbstverteidigung beitragen.

Kinderbetreuung:

- Möglichst **unterschiedliche Träger** von Kinderbetreuungseinrichtungen in Marburg sollen den Eltern Angebote machen können. Ebenso soll der

Bereich der Tageseltern gefördert und ausgebaut werden. Nicht alles muss die Stadtverwaltung selber organisieren.

- **Konstante Öffnungs- und Betreuungszeiten** bei den Übergängen von der Krippe zur Kindertagesstätte oder Schule müssen verlässlich sein, insbesondere in den Ferien.
- Bezahlbare Betreuungseinrichtungen sind der Schlüssel, um den Kindern unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eine faire Bildungschance auf ihren Weg zu einem freien und selbstbestimmten Leben zu geben.
- Trotzdem gilt für uns weiterhin **Qualität vor Kostenfreiheit**.
- Durch Corona mussten viele Eltern flexibler in der Gestaltung der Kinderbetreuung sein. Insbesondere berufstätige, alleinerziehende Elternteile standen vor einer erheblichen Herausforderung. Notdienste dürfen nur Notlösungen sein, wir fordern ein Angebot für jeden – immer egal, ob man aus der Sicht der Landesregierung "systemrelevant" ist oder nicht.
- **Kurze Beine, kurze Wege**: die Betreuungsangebote müssen vor Ort verfügbar sein. Mit kleineren Einrichtungen kann man einfacher auf demografische Änderungen vor Ort reagieren.
- Die **Ausstattung von KiTas** darf sich nicht im Baulichen erschöpfen. Auch für die frühkindliche Bildung muss die entsprechende Ausstattung auf dem besten Niveau sein.
- Spielplätze sind ein Treffpunkt für verschiedene Generationen. Hier ist allen ein Angebot zu machen, gerade für Eltern und Großeltern besteht hier Nachholbedarf. Ein "**Outdoor-Gym-light**" würde das Angebot der Spielplätze für Jung und Alt erweitern.
- Die **Spielplätze** unserer Stadt müssen jederzeit **gepflegt, frei und barrierelos** zugänglich sowie einladend für Klein und Groß gestaltet sein. Über den Mängelmelder eingereichte Missstände müssen schnell und unbürokratisch behoben werden.

Eine Stadt für alle Generationen

- Um eine höhere Aufenthaltsqualität in der Stadt zu schaffen sollten mehr **Sitzbänke** in der Stadt und **feste Sitzgelegenheiten an der Lahn** installiert werden. Dabei ist kleineren Einheiten der Vorzug zu geben, so werden Brennpunkte im Vorfeld entschärft.
- Die Barrierefreiheit ist eine Querschnittsaufgabe.
- In der **Altenhilfe** müssen privat und staatlich Hand in Hand gehen, nicht gegeneinander. Der Stadt sollte hier eine koordinierende Funktion zu kommen.

- Auch kleinere Einheiten sollten gefördert werden. Sie ermöglichen einen flexibleren Übergang zwischen eigenem Haushalt und stationärer Pflege.
- Die städtischen Altenpflegeeinrichtungen sollten einen **Pflegepool** einrichten, um bei verstärkten Krankheitsfällen in kleinen Einheiten einspringen zu können.
- Ein Ansprechpartner für alle Fragen rund um das Älterwerden schafft eine bessere Vernetzung der verschiedenen Angebote. In einer individualisierten Gesellschaft sind auch neue Dienstleistungen notwendig, wie z.B. ein Einkaufsservice oder eine Umzugshilfe (**Relocation-Service**).
- In der Pandemie wird eines überdeutlich und dies zeigt sich schon im Marburger Jugendbericht – wir müssen mehr für unsere Jugend tun. Dazu gehören Räume und Angebote in der Kernstadt und in den Außenstadtteilen, die nicht immer einer organisierten Einflussnahme unterliegen. Es muss Möglichkeiten der eigenen Gestaltung und Entwicklung geben.
- Die Marburger Altenhilfe und die Frauenförderung haben ein umfangreiches und hochwertiges Angebot; wir können diesen Einsatz aber stärker honorieren, erweitern und weiterentwickeln. Gerade in der Entwicklung der Wohnquartiere und bei einer möglichen Anpassung könnte die Stadt noch mehr Hilfe und Unterstützung, z.B. in Form einer Serviceleistung, analog eines Relocation-Services, anbieten.

Wirtschaftsleben: Kultur und Unternehmen

Marburg lebt nicht nur von den großen Playern Universität und Pharmastandort. Vielmehr sind es die Vielfalt unserer Wirtschaft und die Kleingliedrigkeit der Oberstadt, die Charme und Stärke unserer Stadt ausmachen. Diese Chance müssen wir nutzen, umsetzen und daran das Handeln der Politik ausrichten.

Wer eine gute Idee hat, muss sie einfach und schnell umsetzen können. Sei es eine kulturelle oder unternehmerische. Für uns gehören Kultur und Wirtschaft fest zusammen. Sie befruchten sich gegenseitig und bringen Vorteile für beide Seiten. Nur durch die hohen Einnahmen in der Gewerbesteuer können wir uns so manche Kulturausgabe leisten. Und nur weil wir so eine hohe Kulturdichte und -vielfalt haben, ist Marburg als Wohnstandort beliebt. Dasselbe gilt für Marburg als Tourismusort.

Unternehmen

- Klein und Groß gehen in der Wirtschaftspolitik Hand in Hand: Neben den vielen kleinen innovativen Unternehmen lebt Marburg auch vom großen **Pharmastandort**. Diesen attraktiv zu halten, ist Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung in den Punkten Verkehr, Wohnen und Kultur.
- **Tourismusförderung** ist kein Selbstzweck: Wichtig ist ein Zusammenspiel von Gastronomie, Kultur und Verkehr, um eine zielgerichtete, effektive und nachhaltige Stärkung des Tourismusstandortes Marburg zu erreichen. Unsere Stadt lebt von der Kleinteiligkeit ihrer Angebote. Gerade auch für Tagestouristinnen und Tagestouristen ist Marburg ein beliebtes Ziel. Deswegen sind möglichst viele **verkaufsoffene Sonntage** hier ein wichtiger Baustein.
- Stadtmarketing darf nicht nur lokal und regional gedacht werden, sondern muss größer erfolgen: Wir setzen uns für einen **deutschlandweiten Zusammenschluss** von Städten ähnlicher Größe und Struktur ein. Der Standortfaktor einer lebendigen Universitätsstadt mit historischem Altstadt kern ist unser Markenkern. Dies lässt sich zusammen (z.B. mit Städten wie Göttingen, Greifswald, Erlangen und Tübingen) besser bewerben als alleine. Hierbei steht neben dem touristischen Aspekt auch die langfristige Attraktivität Marburgs als Wohn-, Studien- und Wirtschaftsstandort im Vordergrund.

Gründungen

- Neue Ideen brauchen Mut und Wegweiser zur Verwirklichung. Wir fordern einen **Gründungslotsen**, der für Gründerinnen und Gründer und Unternehmen als Ansprechpartner fungiert und diese durch den Behördendschub als freiwillige Leistung der Stadt unterstützt. Wer eine gute Idee hat, muss diese schnell und unkompliziert umsetzen können, anstatt sich mit Formularen und ausbordener Bürokratie herumzuschlagen.
- Neue Ideen brauchen auch Raum zur Verwirklichung. Marburg bietet ein einzigartiges Ambiente für die Entfaltung von Innovationen. Wir wollen die **Digitalwirtschaft ins Fachwerk** holen. Die Ideen des expandierenden Fachbereichs Informatik müssen in Marburg bleiben und dürfen nicht in andere Großstädte abwandern.
- Die Stadt muss attraktiver für eine **moderne Gründerkultur** werden. Neue Unternehmen sollten in ihren ersten Gründerjahren keine Gewerbesteuer zahlen müssen und darüber hinaus muss die Infrastruktur an wichtigen Industriestandorten ausgebaut werden. Zur Attraktivität der Stadt für Gründerinnen und Gründer gehört auch die Unterstützung von smarten Projekten wie Co Working Spaces. Die Stadt muss hierbei die

Voraussetzungen für Gründerinnen und Gründer schaffen, solche Konzepte selbst zu verwirklichen.

Kultur

- Gute Ideen brauchen Raum. Oft scheitert eine Kulturveranstaltung nicht an den Menschen, die Ihre Ideen verwirklichen, sondern an geeigneten Räumen: eine **digitale Plattform für offene Kulturräume** kann private und staatliche Akteure an einen Tisch bringen. Dabei sind nicht nur klassische Veranstaltungsräume einzubeziehen, sondern auch Werkstätten, Ateliers, Innenhöfe oder Fabrikhallen. Durch die Nutzung von neuen Flächen kann auch kleineren, innovativen Anbietern von kulturellen Veranstaltungen, die bisher keine Bühne haben, Raum gegeben und das kulturelle Programm erweitert werden. Bisher ideologisch abgeschottete Räume wie in den soziokulturellen Zentren sollen dadurch einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stehen können und besser genutzt werden.
- Das **Landestheater hat eine Leuchtturmfunktion** in der Marburger Kulturlandschaft, ist aber auch ein großer Posten im Haushalt. Realistische Möglichkeiten der räumlichen Ausstattung, sowie eine funktionierende Haustechnik sollten hier vor einem Neubau aus Prestigegründen stehen.
- Auch der **Bildungscharakter eines klassischen Theaters** muss noch stärker betont werden und die Zusammenarbeit mit Schulen ausgebaut werden. Daneben spielen kulturelle Begegnungen eine wichtige gesellschaftliche Rolle. Sie übernehmen eine integrative Funktion und schaffen Akzeptanz für unterschiedliche Lebensmodelle.
- Wir sind der Auffassung, dass **digitale Potenziale** im Kulturbereich stärker genutzt werden können. Es braucht eine Verbesserung des digitalen Veranstaltungskalenders sowie des digitalen Auftritts von Kulturstätten. So können beispielsweise digitale Rundgänge oder interaktive Ausstellungen deren Sichtbarkeit verbessern und den Zugang erleichtern.
- Marburg braucht ein **Behring-Museum**. Marburg hat eine lange Geschichte in der Erforschung und Produktion von Impfstoffen – und eine große Zukunft. Ein solches Museum hätte einen hohen Bildungsanspruch und würde zugleich eine starke Säule unserer Wirtschaft würdigen.
- Wir möchten eine **Städtepartnerschaft** mit einer ähnlich großen Stadt in der Schweiz aufbauen, um die Konsensdemokratie im Austausch studieren zu können.

Stadt der Zukunft:

Umwelt, Wohnen, Stadtentwicklung

Marburg ist aufgrund seiner Topographie ein herausfordernder Standort für Bauprojekte. Die Enge der Stadt lässt wenig Platz für Wohngebäude, Gewerbeimmobilien, öffentliche Einrichtungen und Straßenraum zu. Ein Patentrezept gibt es hier nicht. Vielmehr muss es Aufgabe der Politik sein, den Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner und Investoren gleichermaßen nachzukommen.

Marburg kann mehr: Wir müssen nachhaltiges Denken und wirtschaftlichen Erfolg miteinander verbinden. Unsere Pharmaindustrie und die Hochtechnologie müssen weiter gefördert und ausgebaut werden; auch wollen wir weitere innovative Zweige ansiedeln und so die Beschäftigung auch künftig sichern. Gleichzeitig digital vernetzt und nachbarschaftlich organisiert sein. Lust auf Neues haben, unsere Traditionen pflegen und unsere gewachsene Geschichte sensibel in die Zukunft überführen. Unserer Rolle und Verantwortung als regionales Oberzentrum sind wir uns bewusst und dazu gehören nicht nur die Bürgerinnen und Bürger unserer Außenstadtteile, sondern auch die Menschen des Umlandes, die wir einladen und begrüßen.

Für die zukünftige Entwicklung Marburgs ist es aus unserer Sicht notwendig, bisherige Konzepte zu evaluieren und zusammenzuführen. Wir möchten groß denken und Visionen mit allen Akteuren gemeinsam entwickeln, um die zwingenden Lösungen für Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung, bezahlbares und nachhaltiges Wohnen, infrastrukturelle Erfordernisse, eine zukunftssichere Wirtschaftsförderung und die Attraktivität der Oberstadt anzupacken.

- Wir unterstützen die Entwicklung des innerstädtischen **Uni-Campus Firmani** ebenso wie den Ausbau des naturwissenschaftlichen Campus auf den Lahnbergen.
- Den **Campus auf den Lahnbergen** möchten wir stärker entwickeln und zu einem vollwertigen Stadtteil mit einem Wohngebiet und Gewerbegebiet, gern auch mit einem Supermarkt, erweitern. Zumal die Anbindung an die Kernstadt schon sehr gut entwickelt ist und zukünftig durch eine ökologische und attraktive Lösung leicht erweitert werden kann. Sinnvollerweise erfolgt auch eine Anbindung an einen neuen Verkehrsknotenpunkt Marburg-Mitte.
- Eine **Einkaufsmöglichkeit direkt auf den Lahnbergen** wäre für Patientinnen und Patienten, Studierende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - eigentlich für alle Menschen dort auf dem Berg - eine nahe und ökologisch sinnvolle Ergänzung.

- Wir müssen unsere Anstrengungen aufrechterhalten, intensivieren und mehr Flächen für Wohn- und Gewerbegebäude an geeigneten Stellen zur Verfügung stellen, auch um weiterhin ein attraktiver Standort für den Hochtechnologiebereich zu sein. Die **Standorterweiterungen im Industrie- und Gewerbegebiet Görzhäuser Hof** sind eine zentrale wirtschaftspolitische Verantwortung und es müssen endlich sinnvolle Verkehrsanbindungen geschaffen werden. Der **Behring-Tunnel** könnte, neben weiteren Ideen, ein wichtiger Baustein für eine spürbare Entlastung aller Anwohnerinnen und Anwohner sein.
- Aufgrund der Coronakrise sind bisherige Analysen und **Pläne für die Oberstadt** zu hinterfragen. Leider ist es noch lange nicht seriös abzusehen, wie viele Läden und Restaurants in der Oberstadt die coronabedingten Schließungen und Einschränkungen wirtschaftlich überleben werden. Wenn die Coronakrise hoffentlich bald überwunden ist, muss eine neue Bewertung der Situation und der Strategien erfolgen.
- Nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Stärke, ihrer Lebensqualität und der Attraktivität ziehen immer mehr Menschen in unsere schöne Stadt, allerdings sind auch unsere Außenstadtteile schön, lebenswert und verkehrstechnisch günstig gelegen. Wir wollen nicht nur die Kernstadt nachverdichten, auch der Traum vom **eigenen Heim im Grünen**, mit Garten und Trampolin ist genauso unterstützenswert. Nicht alle Menschen wollen und können in der Innenstadt wohnen.
- Die Stadtautobahn ist Sünde und Segen zugleich, da sie unsere historische Stadt in zwei Hälften teilt. Es wäre zu begrüßen, wenn sie vom Südbahnhof bis nach Wehrda in einem **Tunnel** verlaufen würde. Die entstehenden zentrumsnahen Flächen können wir für Gebäude, Wegeverbindungen, Grün- und Wasserflächen nutzen. Hier bietet sich auch eine Fahrradautobahn an.
- Die anspruchsvolle Topografie macht es nötig, weitere **alternative Verkehrsmittel und Lösungen** anzudenken, manchmal reicht schon ein grüner Pfeil. Das Auto wird in eher ländlichen Regionen ein wichtiges Verkehrsmittel bleiben; unabhängig vom Antrieb werden Parkplätze auch zukünftig benötigt. Diese sollen zentral, günstig, attraktiv und hybrid nutzbar sein.
- Wir wollen, dass gemeinsam mit dem Land Hessen die alte Universitätsbibliothek und die **Türme der Philosophischen Fakultät qualitativ entwickelt** werden. Diese Gebäude und Flächen können Potential haben und sind architektonisch reizvoll.
- Das nachträgliche Bebauen von Flächen (**Nachverdichtung**) in der Marburger Kernstadt ist in Maßen sinnvoll. Auch wenn Bewohnerinnen und Bewohner einen Parkplatz für ihr Auto benötigen, lässt sich so mancher motorisierter Individualverkehr dadurch vermeiden.

- Eine verbesserte Luftqualität kann durch den Einsatz einer **intelligenten Ampelsteuerung** erreicht werden. Außerdem wird hierdurch Stau vermieden. Fahrverbote gilt es zu verhindern.
- Natur- und Umweltschutz verbinden die Nutzung der Umwelt durch den Menschen mit dem Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Artenvielfalt. Die Geschichte artenreicher Kulturlandschaften zeigt, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht gegenseitig ausschließen, sondern zusammengehören. Als Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft bekennen wir uns zum Verursacherprinzip und wollen diejenigen, die überdurchschnittlich stark zur Belastung unserer Umwelt beitragen, auch dafür zahlen lassen. Deshalb sehen wir in der **CO₂-Bepreisung** in nahezu allen Sektoren den Schlüssel zur nachhaltigen Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Zusätzliche Belastungen von Verbrauchern und Unternehmen durch Steuern, Abgaben und Umlagen lehnen wir ab.
- **Energiepolitik** darf nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt durchgesetzt werden – sondern mit Ihnen. Dies gilt besonders für Windräder. Die Stadt und ihrer Tochtergesellschaften sollen nur an solchen Windkraftprojekten mitwirken, bei denen die Zustimmung der Bevölkerung vorliegt. Hierfür ist aus unserer Sicht eine Befragung der Bevölkerung in der betroffenen Stadtteilen notwendig, wie auch in der Gesamtstadt.
- Jeder Projektierer, der im Raum Marburg-Biedenkopf neue Windkraftanlagen (WKA) errichten möchte, sollte aussagekräftige aktuelle Windmessungen vor der Beantragung der Genehmigung vornehmen um zu belegen, es handelt sich um sinnvolle Anlagen im Hinblick auf den Klimaschutz und keine reinen Investitionsanlagen die sich nur wegen der EEG Umlagen tragen. Das ist für die Genehmigung seitens des RP nicht relevant, allerdings für die grundsätzliche Akzeptanz der Maßnahme in der Bevölkerung. Das ist insofern entscheidend, da die meisten Vorranggebiete für WKA im Wald liegen.
- Wir streben eine **ökologische Marktwirtschaft** an, die das Klima ökologisch wirksam und ökonomisch effizient schützt. Dabei setzen wir auf neue Technologien, an denen vielerorts schon heute geforscht wird. Digitalisierung und künstliche Intelligenz eröffnen völlig neue Möglichkeiten. Wir Freie Demokraten sind grundsätzlich für jede Idee und jede Technologie offen, die einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
- Wir haben den Anspruch, dass Marburg nicht nur im Wald grün ist. Mit Hilfe von Urban-Gardening Konzepten wollen wir auch private Anreize setzen, um Marburg grüner zu gestalten. Unter anderem sollen möglichst viele **Bushaltestellen mit Pflanzen begrünt** und standortbasiert City Trees, Grünflächen, Moosbedachungen und Bäume aufgestellt werden.